

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis 5 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Fachverlage. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrücker, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin, SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 1 Mk.
Arbeitervermittlungen 2 Mk. pro Zeile.
Verbandsanzeigen 75 Pf. pro Zeile.

Finanzreform und Arbeiterschaft.

O. Die Annahme des Ultimatums bedeutet, daß Deutschland jährlich etwa 33 Milliarden Goldmark an die Entente zu zahlen hat. Wieviel Milliarden Papiermark das sind, richtet sich nach dem Kurswert unserer Mark. Nach den neuesten Kursverschlechterungen, die den Dollar auf 80 Mk. getrieben haben, sind es nahezu 70 Milliarden Papiermark. Der Etat des Reiches für das laufende Etatsjahr weist eine Gesamtausgabe von etwas über 100 Milliarden auf. Die Lasten, die das deutsche Volk zu tragen hat, sind durch die Annahme des Ultimatums also sehr erheblich vermehrt worden, und es tobt bereits der Kampf um ihre Verteilung. Nach dem schönen Wort: „Heiliger Florian, verdonkern mein Haus, zünd andre an“, suchen alle Schichten und besonders die Kapitalstärken, die Lasten von sich abzuwälzen. Die Arbeiterschaft hat daher alle Veranlassung, aufzumerken. Die jetzige Finanzreform ist etwas Wesensanderes als die früheren Finanzreformen. Es ist hier die Quantität in die Qualität umgeschlagen. Wie man diese Lasten aufbringt, ist nicht nur eine Frage der Finanzpolitik, sondern die Lebensfrage unserer heutigen Wirtschaftspolitik. Die Arbeiter sind nicht nur als Steuerzahler an dieser Finanzreform interessiert, sondern ebenso stark als Teile unseres Wirtschaftslebens. Infolgedessen ist es auch keine Angelegenheit allein der politischen Parteien, sondern ebenso eine Angelegenheit der Gewerkschaften, die heute Wirtschaftspolitik treiben müssen, ob sie wollen oder nicht.

Die deutsche Arbeiterschaft ist von drei Gefahren bedroht: 1. Preisrevolution, 2. Belastung durch die Steuern, die neu geschaffen, 3. Belastung durch die Steuern, die nicht geschaffen werden.

Die Freigabe der Getreidewirtschaft bringt eine starke Erhöhung des Brotpreises. Die Heraushebung der Kohlenpreise, die vom Reichswirtschaftsministerium seit langer Zeit ziemlich stabil gehalten worden sind, ist nur eine Frage der Zeit. Die Wohnungswirtschaft ist dermaßen zusammengedrückt, daß eine starke Erhöhung der Mieten zu ihrer Sanierung bald kommen dürfte. Damit steigt eine Reihe wesentlicher Bestandteile unserer Produktionskosten erheblich. Das bedeutet über die Verärmerung des Einzelhaushalts durch diese Preissteigerung hinaus eine allgemeine starke Preissteigerung. Diese Preissteigerung birgt die Gefahr des indirekten Lohnabbaus. Wenn die Löhne auch nominell steigen, so ist zu befürchten, daß sie bei der jetzigen Wirtschaftslage viel weniger mit der allgemeinen Preissteigerung Schritt halten als im Jahre 1920, wo ein erheblicher Teil der Preissteigerungen mit der Hochkonjunktur zusammenfiel. Bei dieser Bedrohung ihrer Lebenshaltung durch die wirtschaftliche Entwicklung muß die Arbeiterschaft doppelt auf dem Vollen sein, zu verhindern, daß die neuen Lasten vorzugsweise auf ihre Schultern gelegt werden. Die alten Unterschiede von direkten und indirekten Steuern, auf die die Arbeiterbewegung von früher her eingestellt ist, sind heute nicht mehr das maßgebende. Das wesentliche ist jetzt, die Einkommen der verschiedenen Schichten zeitig so nahe ihrer Entstehung zu erfassen, daß sie nicht über drei Schachtelgesellschaften und vier Buchhaltungen sich gegenüber der Steuerbehörde in ein Zahlenlabyrinth gelüftet haben. Die Parole muß also sein: Erfassung der Gewinne aus Industrie, Grundbesitz und Landwirtschaft möglichst an der Quelle und starke Belastung dieser Gewinne. Damit wären wir aber nur bei unserem 2. Punkt: Schutz der Massen gegen die Steuerbelastung. Wir kommen nun zum 3. Punkt: Schutz der Massen gegen die Wirkungen aus unterlassenen Steuern. Zwei Gesichtspunkte spielen hier eine Rolle.

Die Preisrevolution bedingt Konjunkturgewinn. Konjunkturgewinn drängt zum Luxusverbrauch und nicht zur Kapitalbildung. Er schafft also zusätzliche Kaufkraft und verschlimmert dadurch die Preissteigerung. Es muß alles aufgegeben werden, um den Inflationsgewinn, den Gewinn aus der Verflüchtigung von Sachwerten aus der Geldentwertung stark zu belasten. Andererseits bedeutet jedes Loch im Haushalt Notenpresse, d. h. Steigerung der Geldentwertung, Verschlimmerung ihrer Folge für die Arbeiterschaft, verstärkten Inflationsgewinn, verstärkten Gegensatz zwischen der Not der Entlassenen und der Verschwendung der Inflationsgewinner. Die Deckung des Etats durch Steuern ist vor der Hand ausgeschlossen. Wir müssen für die Übergangszeit Kredit zu Hilfe nehmen. Den Kredit wollen wir aber nicht auf dem Wege der Notenpresse, sondern durch Beleihung von Werten. So sprechen die finanz- und wirtschaftspolitischen Gründe unbedingt dafür, daß ernst gemacht wird mit der Anteilnahme des Reiches an den Erträgen von Industrie, Landwirtschaft und Grundbesitz. Das Reichswirtschaftsministerium hatte zunächst vorgesehene, beim künftigen und künftigen Grundbesitz einen Teil der Wertsteigerung zugunsten des Reiches durch eine Goldhypothek zu erzielen und bei den Unternehmungen der Industrie und des Handels des Reiches am Ertrage zu beteiligen. Als erstes ist die Belastung der Grundwirtschaft, und im Interesse der Wirtschaft mußte die Belastung des künftigen Grundbesitzes folgen. Welche rückwirkende Maßnahme wird heute nicht mit der Parole begründet? — Um die Industrie wurde noch eine Weile gemarkelt. In dem Steuerbescheid, das jetzt veröffentlicht ist, wird jedoch von der Belastung des Reiches am Ertrage nur mit ein paar verschwommenen Bedensarten gesprochen, so daß das ganze Projekt im künftigen Kabinett wohl begraben sein dürfte.

Das ist eine völlig unmögliche Finanzreform, die die Arbeiterschaft auf keinen Fall mitmachen darf. Das paritätische Abkommen zwischen direkten und indirekten Steuern muß uns gar

nichts. Derlei Scherze sind um Jahre veraltet. Für die Arbeiterschaft darf nur diskutierbar sein eine Finanzreform, die durch Goldhypothek auf den Grundbesitz und Reichsbeteiligung an den Unternehmungen einen erheblichen Teil des Inflationsgewinnes an der Quelle erfäßt. Nur so bekommen wir die nötigen laufenden Einnahmen und die nötige Kreditunterlage, um den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, und nur so können wir unsere Industrie zur höchsten Wirtschaftlichkeit zwingen, ohne die die neuen Steuerlasten ja überhaupt unmöglich sind.

Die neuen Steuervorlagen werden dem Reichstag im Herbst vorgelegt. Die Arbeiterschaft darf nicht warten, bis die Reichstagsberatungen anfangen. Sie muß sich bewußt sein, daß diese Finanzreform über ihre Lebenshaltung auf Jahre entscheidet, und sie muß sich deshalb sofort und eingehend mit den neuen Steuergelegenheiten befassen, daß im Herbst eine ausgeprägte Volksmeinung vorhanden ist, die den Reichstagsberatungen unweigerlich die Richtung gibt. Mitte September beginnen die Beratungen im Reichstag. Er ist leider kein Organ, das die Volksmeinung sonderlich beachtet. Es wird aber gut sein, wenn auch er sieht, die Massen haben eine Finanzpolitik satt, bei der das Lohnverkommen restlos erfäßt wird und Gesetz und Veranlagung gegenüber den Besitzenden versagen.

Vor allem aber muß sofort auf das Kabinett ein Druck ausgeübt werden. Große Teile der Presse setzen sich bereits recht energisch für eine andere Gestaltung der Finanzreform, für die Erfassung der Sachwerte ein. Es muß dem Kabinett in kürzester Frist klar werden, daß die Massen hinter diesen Wünschen stehen. Die Hintertür für eine Erfassung der Sachwerte, die sich das Kabinett in einer Erklärung gelassen hat, muß benützt werden. Jede Finanzreform, die nicht die Besitzenden angemessen belastet und die nicht die Notenpresse entbehrlieh macht, ist arbeiterfeindlich. Goldhypotheken auf Grundbesitz und Reichsbeteiligung an den Unternehmungen sind die ersten Notwendigkeiten und nicht Formen, die man auch erwägen kann.

Um den Reichsmantelvertrag.

Der Reichsmantelvertrag ist nicht nur in den Auseinandersetzungen, die wir mit einigen Unternehmerverbänden zu führen haben, das Kampfbild, er ist auch zum Zankapfel zwischen den Arbeitgeberverbänden selbst geworden. In der „Fachzeitung“, die gleichzeitig dem Arbeitgeber-Schutzverband und den Berliner Verbänden dienen soll, stehen diese beiden Organisationen, die in bitterer Feindschaft liegen, ihren Strauß aus. Dabei ist Licht und Schatten recht ungleich verteilt. Der Außer im Streit ist der Obermeister Paeth, der offenbar den maßgebenden Einfluß in dem Unternehmerorgan ausübt. Dessen Chefredakteur hat sich ihm schließend zur Seite gestellt. Dem Arbeitgeber-Schutzverband hat man zwar noch gestattet, seiner Auffassung Ausdruck zu geben und dabei einige Siege gegen Paeth zu führen, aber die Nummer 32 der „Fachzeitung“ zeigt deutlich, daß die Tage, da dieses Blatt mit Recht den Untertitel „Zentralblatt des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe“ führen dürfte, gezählt sind. Der Arbeitgeber-Schutzverband wird aus dem gemeinsamen Organ bald ebenso hinausgedrängt werden, wie er aus der Bureaugemeinschaft mit den Berliner Verbänden verdrängt wurde.

In der erwähnten Nummer der „Fachzeitung“ wird unter der Überschrift „Der Reichsmantelvertrag“ der wiederholt angekündigte Bericht von der Arbeitgeberversammlung in Würzburg gegeben und einleitend als aus dem Zentralbureau des Arbeitgeber-Schutzverbandes stammend gekennzeichnet. Der Bericht enthält keine wesentlichen neuen Tatsachen; erwähnenswert ist, daß der Vertreter der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Meißinger, den Herr Paeth als Zeugen für seine Auffassung zitiert hat, nach dem vorliegenden Bericht ein Gutachten über den Mantelvertrag abgegeben hat, das auf eine Empfehlung seiner Annahme herauskommt. In dem Bericht wird weiter wiederholt, daß von der Versammlung in ihrer großen Mehrheit mit großer Entrüstung gegen das Vorgehen des Herrn Paeth Stellung genommen wurde. Schließlich wendet sich der Bericht gegen die Paethschen Behauptungen über die Zahl der annehmenden und ablehnenden Arbeitgeberverbände und stellt fest, daß neun Arbeitgeberverbände, deren Mitgliedsbetriebe die weitaus überwiegende Mehrzahl der Holzarbeiter beschäftigen, den Vertrag angenommen haben, während drei Verbände (nicht sieben bis acht, wie Herr Paeth behauptet) ihn ablehnten.

Weiter wird in dem Bericht festgestellt, daß entgegen der Behauptung des Herrn Paeth die Bezirksverbände des Arbeitgeber-Schutzverbandes sich in überwältigender Mehrheit für die Annahme des Vertrages ausgesprochen haben. Herr Paeth habe zwar in Würzburg behauptet, daß er für einige Bezirksverbände des Arbeitgeber-Schutzverbandes Vollmacht habe, eine ablehnende Erklärung abzugeben, eher das andere an dem Gesamtverband nichts, denn diese ablehnenden Erklärungen seien auch dem Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes unmittelbar zugegangen und von diesem bei der Zusammenstellung des Reichstags verurteilt worden.

Nach diesem Bericht des Schutzverbandes kommt in der „Fachzeitung“ wieder Herr Paeth zu Wort. Es ist der „Jurist“ Paeth, der angeblich von vielen Mitgliedern des Arbeitgeber-Schutzverbandes als Orakel benutzt wird. Ein so

ausgezeichneter Kenner der Rechtswissenschaften läßt sich nicht vergeblich befragen. Ein volles halbes Duzend von Gründen hat er ausgestellt, die er sorgfältig nummeriert und in denen er tiefinnig auseinanderlegt, daß der Reichsmantelvertrag für die Mitglieder des Arbeitgeber-Schutzverbandes keine Rechtskraft habe. Mit besonderer Liebe gedenkt Herr Paeth unter anderem auch seines Freundes Hermann Braß in Bremen, gegen den er den Vorwurf erhebt, entgegen dem ihm gewordenen Auftrag in Würzburg für den Vertrag gestimmt zu haben, obwohl sich der Gau Bremen unter seinem Vorsitz einstimmig gegen die Annahme erklärt hat. Zur Bekräftigung dieses Vorwurfs druckt er auch den Anlagebrief gegen Braß ab, der ihm aus dem Bremer Gau zugegangen ist. Auf die Paethsche Rechtsauffassung einzugehen, lohnt nicht; darüber mag er sich nur mit dem Arbeitgeber-Schutzverband auseinandersetzen. Die Frage, ob der Reichsmantelvertrag rechtsgültig ist, ist keine juristische, sondern eine Machfrage. Unsere Kollegen haben die Pflicht, alles daranzusetzen, um den abgeschlossenen Vertrag Geltung zu verschaffen. Wir dürfen die Kräfte, die seiner Durchführung entgegenwirken, nicht unterschätzen, aber sie sind nicht unüberwindlich. Wir werden ihrer Herr werden, wenn sich unsere Kollegen fest um den Verband scharen und bei den erforderlichen Kämpfen die notwendige Disziplin wahren.

Einige Bemerkungen noch zu dem Artikel, in dem sich L. M., der Chefredakteur der „Fachzeitung“, als getreuer Schildknappe des Obermeisters Paeth aufspielt und gegen den Reichsmantelvertrag erklärt. Er führt seinen Kampf gegen den Reichsmantelvertrag in der Form einer Polemik gegen den Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, der im „Vorwärts“ einen Aufsatz über den Kampf im Berliner Holzgewerbe veröffentlicht hat, in welchem der Obermeister Paeth in gebührender Beleuchtung gezeigt wurde. Der gute L. M. ist ganz außer sich, daß man von einer so prominenten Person derart despektierlich sprechen kann. Muß er doch mit dem Ausdruck tiefsten Abscheus feststellen, daß in dem Artikel „mehrfach zu lesen steht: der Paeth“. Der Redakteur des Berliner Obermeisters ist in einer etwas heißen Lage. Er muß seinen verehrten Chef, wie es dessen eigenen Wünschen entspricht, in der Pose des großen Mannes sehen und entsprechend beurteilen, andererseits aber nachweisen, daß die gegen die Person von Paeth gerichteten Vorwürfe eigentlich falsch adressiert seien, da er doch nur ausführendes Organ der von seinen Kollegen gefaßten Beschlüsse ist.

Uns erscheint die Person des Herrn Paeth keineswegs als kompliziertes Problem. Er will glänzen und herrschen, und er hat sich durch Mittel, die hier unerörtert bleiben können, zum Führer der Berliner Tischlermeister aufgeschwungen. Er will aber noch höher steigen, deshalb verdrängt er ihn, daß keine würdigen urteilenden Kollegen ihn richtig erkannt haben und ihm die Gefolgschaft versagen. Es sei gern zugegeben, daß Herr Paeth nicht allein den Widerstand gegen den Reichsmantelvertrag gemacht hat, es gibt noch mehr Querköpfe; aber er hat diesen Feldzug organisiert, er hat sich selbst an die Spitze gestellt; da muß er es sich auch gefallen lassen, daß er entsprechend behandelt wird.

Für die Strupellosigkeit, mit der Herr Paeth seine Ziele verfolgt, ist die Geschichte der Reichsberufs-Fachgruppe ein bezeichnendes Beispiel. Auf Paeths Anregung ist diese Organisation als Vertretung der Unternehmer bei den Verhandlungen gegründet worden. Paeth selbst war einer ihrer Repräsentanten. Sieben Monate lang hat er sich als Vertreter der Reichsberufs-Fachgruppe an den Verhandlungen beteiligt. Als diese dann trotz aller Hindernisse, die ihnen von Paeth in den Weg geräumt wurden, beendet waren, da scheitert derselbe Paeth aus der Fachgruppe aus und bemüht sich, den Nachweis zu führen, daß der Reichsberufs-Fachgruppe jede rechtliche Grundlage fehle. Für die Rechtsgültigkeit des Reichsmantelvertrages ist das ja völlig bedeutungslos, aber es ist kennzeichnend für Paeths Charakter.

Die Frage von L. M., ob wir die Hunderte von Berliner Holzindustriellen alsamt für so urteilslose Geschäftsleute halten, daß sie sich willenlos von Paeth mitschleppen lassen, beantworten wir ganz offen mit nein! Wir glauben im Gegenteil, daß die namhaften Berliner Industriellen, die bisher schon den Reichsmantelvertrag anstandslos unterschrieben haben, sehr bald zahlreiche Nachfolger finden werden, wenn unsere Berliner Kollegen ihnen zeigen, wie ernst es ihnen um die Durchführung des Reichsmantelvertrages ist. Aber L. M. hat auch Beweismaterial, daß etwa 60 Prozent der süddeutschen Arbeitgeber und der ganze Norden und Osten Norddeutschlands dem Reichsmantelvertrag ablehnend gegenüberstehen. Will er uns damit graulich machen? Wie er die 60 Prozent berechnet hat, wollen wir dahingestellt sein lassen, doch sollte ihm bekannt sein, daß in diesem Fall die Stimmen nicht gezählt, sondern gewogen werden müssen. Es sind die kleinen süddeutschen Innungskrauter, die zum Sturm gegen den Reichsmantelvertrag angetreten sind. Dieser Meeresschiff kann uns nicht schrecken. Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat den Reichsmantelvertrag angenommen; das heißt er wird auch bei den Unternehmern durchgeführt werden, die sich noch gegen seine Annahme sträuben. Aus dem Umstand, daß der Obermeister Paeth, der Außer im Streit gegen den Reichsmantelvertrag, zugleich der Führer der Berliner Unternehmer ist, folgt notwendig, daß unter den Berliner Kollegen die Ehre zuzählt, bei dieser grundrüttelnden Auseinandersetzung den Vorkampf zu führen. Die Vorkampfbereitschaft haben bereits begonnen, schon sind einige Erfolge erzielt, die unsere St.

Aber sie wollen auch noch eine dritte Frage mit uns gemeinschaftlich lösen, das ist die „Heimarbeiterfrage“. Ja, aber haben da unsere Kollegen nicht dauernd darunter zu leiden, daß sie gerade bei Wollhauerprinzipalen arbeitslos werden, weil die weitere Arbeit der Billigkeit halber außer dem Hause, bei Heimarbeitern, vergeben wird? Hier sowie in allen Fragen befindet sich der ungeheure Zwischenschub der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Die Ausmerzung aller Berufsrisiken und die damit verbundene wirkliche Hebung des Berufes kann nicht mit den Arbeitgebern, sondern nur im Kampf durch eine starke Arbeiterorganisation allein, gegen die Arbeitgeber geschehen. Die Berliner Arbeitgeber haben in der Hebung des Berufes schon den Anfang gemacht; indem sie die Ferienfrage von der Annahme der Arbeitsgemeinschaft abhängig machen. Wahrlich, wir kommen immer näher! Die Kollegen sollten jetzt endlich wissen, daß in alter Harmonie auch von unseren Arbeitgebern nichts mehr zu erwarten ist. Auch bei ihnen muß der Kampf angelagt werden, wenn die Kollegen etwa

